

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
09/2016*



Liebe FreundInnen!

In der 144. Sitzung des Nationalrats haben wir gestern die Verschiebung der Bundespräsidentenwahl auf den 4. Dezember 2016 beschlossen und eine umfassende Reform des Wahlgesetzes eingeleitet. Weitere wichtige Themen waren unter anderem die Bürgerinitiative gegen das Eheverbot für Homosexuelle und der Bundesrechnungsabschluss 2015.

Außerdem findet Ihr in diesem Newsletter wieder zusätzliche Informationen über meine Arbeit als Abgeordnete und als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL



Top Themen

Verschiebung der Bundespräsidentenwahl

Der Nationalrat hat die Verschiebung der Bundespräsidentenwahl gesetzlich fixiert. Angesichts der Probleme mit defekten Wahlkarten wird der Urnengang vom 2. Oktober auf den 4. Dezember verschoben. Zudem wird das WählerInnenverzeichnis aktualisiert, wodurch Personen, die bis zum Wahltag 16 Jahre alt sind, wählen können. Festgelegt wird auch, dass im Wahllokal auch der/die WählerIn den Stimmzettel in die Wahlurne werfen darf. Weitere Inhalte des Gesetzes: Der Umgang mit den alten Wahlkarten und die gleichzeitig stattfindende Bürgermeister-Wahl in Freistadt/OÖ.

Wahl – Weitere Reformen kommen

Das Gesetz ist eine reine Sonderregelung für die Präsidentschaftswahl am 4. Dezember. Doch der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis zur Wiederholung der Stichwahl vom 22. Mai zahlreiche Probleme aufgeworfen, etwa was den Start der Auszählung von Briefwahlstimmen betrifft. Diese Themen sollen nun diskutiert werden, um das Wahlgesetz rasch zu reformieren und so Unklarheiten zu beseitigen. Fix ist bereits, dass ein Zentrales WählerInnenregister kommen wird.

In der Debatte mahnte **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** einen verantwortungsvollen Umgang mit der Demokratie und einen sauberen Wahlkampf ein.



"Mein Appell an beide Kandidaten: Ein sauberer Wahlkampf ohne Verdächtigungen und Internetgerüchte!"

Budget: Ausgaben für Pensionen niedriger als geplant

Der Bundesrechnungsabschluss für 2015 zeigt, dass der Vollzug des Budgets richtig läuft – und sogar besser als die Prognose. **Das strukturelle Defizit liegt bei 0,0 Prozent** und damit um einen halben Prozentpunkt besser als im Budgetplan. Das Maastricht-Defizit liegt bei 1,2 Prozent (gemessen am BIP), das öffentliche Defizit ebenfalls bei 1,2 Prozent und damit um **0,7 Prozentpunkte besser** als angenommen. Etwas höher als geplant sind die Ausgaben für den Arbeitsmarkt, innere Sicherheit und Finanzmarktstabilität.

Besser als erwartet haben sich die Ausgaben für die ASVG-Pensionen entwickelt. Die Maßnahmen, um das reale Pensionsalter anzuheben, wirken also. **SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer: "Der Bundesrechnungsabschluss liefert die in Zahlen gegossenen Argumente gegen jede Panikmache bei den Pensionen."**

Pensionen: 500 Mio. Euro weniger Ausgaben als geplant

Voranschlagsvergleichsrechnungen	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	2015	2015	Voranschlag : Erfolg	
	in Mio. EUR			in %
Erträge/Einzahlungen	37,90	38,08	+ 0,18	+ 0,5
Aufwendungen/Auszahlungen	10.680,00	10.173,98	- 506,02	- 4,7
Nettoergebnis/ Nettofinanzierungssaldo	- 10.642,10	- 10.135,90	+ 506,20	- 4,8

Alle Beschlüsse und Berichte

NR-Sitzung vom 21. September 2016

Änderung des Bundespräsidentenwahlgesetzes ([1257 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Bundesrechnungsabschluss 2015 ([III-262/1256 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Petitionen: Große Unterstützung für "Ehe gleich!" – Gegen das Eheverbot für Homosexuelle ([1248 d.B.](#))

Der Bericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen sammelt die unterschiedlichsten Anliegen der BürgerInnen, mit denen sich der Ausschuss befasst. Die Palette der Themen, die im Nationalrat diskutiert wurden, reichte von Initiativen zu Wissenschaft über Gesundheit, Wirtschaft bis zu Asyl. Die aktuell stärkste Bürgerinitiative (mit fast 37.000 elektronischen Zustimmungserklärungen) ist nach wie vor "Ehe Gleich! Aufhebung des Eheverbots für gleichgeschlechtliche Paare".

Mehr Infos:

[Parlament und Bürgerbeteiligung](#)

[Elektronische Zustimmung zu Bürgerinitiativen und Petitionen](#)

Weitere Themen

ORF: Öffentlich-rechtlicher Sender wichtig für unabhängige Berichterstattung und österreichische Identität

Ja zu einem starken ORF, ja zum Nachdenken über Reformen im ORF. In einer aktuellen Stunde im Nationalrat betonten **Medienminister Thomas Drozda** und **SPÖ-Mediensprecher Josef Cap** die wichtige Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für eine demokratische Medienlandschaft, besonders in Zeiten der Konkurrenz durch globale digitale Angebote. Um den ORF für diese Herausforderungen zu rüsten, will Minister Drozda im Frühjahr eine Enquete mit ExpertInnen veranstalten, in der mögliche Reformen diskutiert werden. Josef Cap: "Im Vergleich zu privaten Sendern, die immer mehr Macht in ihren Händen konzentrieren, **ist der ORF essentiell für unabhängige Berichterstattung und zur Wahrung der kulturellen Identität Österreichs**. Der ORF genießt in der Bevölkerung eine breite Akzeptanz und die Gebühren liegen deutlich unter dem europäischen Schnitt."

Europa: Fluchtursachen bekämpfen – Solidarische Hilfe vor Ort

Die Flüchtlingskrise und der Schutz der EU-Außengrenzen waren Thema einer aktuellen Europastunde des Nationalrats. **SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl** verwies auf das notwendige Engagement der internationalen Staatengemeinschaft, "die dafür Sorge tragen muss, die **Krisenherde zu beruhigen**. Solange dieses Problem nicht in Angriff genommen wird, müssen die europäischen Außengrenzen geschützt werden", so Pendl. Dass die EU beim **Schutz der Außengrenzen** und bei der **Verteilung der Flüchtlinge** in Verzug ist, kritisierte **Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil** in der Debatte: Daher sei Österreich gezwungen, "zweitbeste" nationale Maßnahmen umzusetzen.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[SPÖ-Muttonen: Regierungen sollten verstärkt die Instrumente der OSZE nutzen \(02.09.2016\)](#)

[Muttonen: Weltweite Migration kann nur mit Zusammenarbeit, Dialog und Kompromissen mit anderen Staaten gemeistert werden \(15.09.2016\)](#)

[Muttonen: Wahrung von Menschenrechten ist Kernaufgabe der OSZE \(20.09.2016\)](#)

Delegation der KP China zu Gast im Nationalrat



Am 20. September war eine Abordnung der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zu Besuch in Wien. Während eines kurzen Zusammentreffens habe ich mit dem stv. Generaldirektor des Europabüros, Wang Xuegong, (Foto) über die Zusammenarbeit Chinas mit der OSZE gesprochen. Ein weiterer Gesprächspunkt waren zudem die Beziehungen Kärntens zu seiner Partnerprovinz Gu-

angxi und unser Interesse diese Beziehungen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet weiter auszubauen.

Treffen der ParlamentspräsidentInnen in Straßburg



Am 15. und 16. September war ich als Präsidentin der OSZE-PV auf der zweijährlich stattfindenden Konferenz der ParlamentspräsidentInnen in Straßburg. In diesem Jahr ging es darum, welche Rolle die Parlamente in der Flüchtlingskrise spielen können. Was die Parlamente unternehmen können, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Europa zu stärken und wie man sich gegen den zunehmenden Hass und für eine inklusive und rassistisfreie Gesellschaft einsetzen kann. Meinen eigenen Redebeitrag zur Flüchtlingskrise könnt Ihr euch auf Deutsch unter diesem [Link](#) anschauen.

Die Konferenz wird seit 1975 vom Europarat organisiert und umfasst in diesem Jahr 350 Delegierte aus den 47 Mitgliedsländern sowie Partnerländern und anderen internationalen Organisationen. Durch das Zusammentreffen der ParlamentspräsidentInnen soll ein europaweiter parlamentsübergreifender Diskurs über wichtige Themen angestoßen werden.

ODIHR-Konferenz zu Demokratie und Menschenrechten in Warschau



Der Schutz von Demokratie und Menschenrechten in der OSZE stand auch bei einem kurzen Besuch in Warschau auf der Tagesordnung. Hier findet vom 19. bis 30. September die jährliche Menschenrechtskonferenz des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) statt. In meiner [Rede](#) am Eröffnungstag habe ich ein

gemeinsames, solidarisches und menschenrechtskonformes Vorgehen aller europäischen Staaten in der Flüchtlingskrise angemahnt und kritisiert, dass die Regierungen seit einigen Jahren nicht mehr in der Lage sind innerhalb der OSZE gemeinsame Entscheidungen zu wichtigen Menschenrechtsfragen zu treffen.

Parlamentarische Enquete zu TTIP und CETA

Eine extrem lebhafte und umfassende Debatte hatten wir am 14. September, als in der gutbesetzten parlamentarischen Enquete Gegner und Befürworter der Freihandels- und Investitionsabkommen CETA und TTIP aufeinanderstießen.

Neben Bundeskanzler Kern und Vize-Kanzler Mitterlehner haben sich unter anderem die BotschafterInnen der USA und Kanadas, EU-Kommissarin Malmström und der kanadische Chefverhandler für CETA, Steve Verheul zu Wort gemeldet. Dabei wurde deutlich, dass es auch auf der ExpertInnenseite noch immer viele Bedenken und Kritiken an beiden Abkommen gibt, insbesondere was den Investorenschutz, die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistung und die Gefahren für unsere Standards angeht.

Eine erste Zusammenfassung verschiedener Standpunkte die in der Enquete vorgebracht wurden, könnt Ihr unter diesem [Link](#) auf den Seiten des Parlaments nachlesen

Treffen der OSZE-Außenminister in Potsdam



Am 1. September war ich als Präsidentin der OSZE-PV auf das informelle Treffen der OSZE-Außenminister in Potsdam eingeladen. Hauptsächlich ging es bei den Gesprächen, um die vielen Krisen innerhalb des OSZE-Gebietes – allen voran die Konflikte in der Ostukraine, in der Region Berg Karabach und in Transnistrien.

Wir haben aber auch darüber geredet, wie wir die Idee einer gemeinsamen Sicherheitspolitik in Europa wiederbeleben und verbessern können. Der deutsche Außenminister Steinmeier hat hier eine besonders wichtige Initiative gestartet – den Versuch zu einer funktionierenden gemeinsamen Kontrolle der konventionellen Waffen in Europa zurückzukehren. Ich hoffe sehr, dass der österreichische Vorsitz diesen Ansatz aufnehmen und im nächsten Jahr erfolgreich fortsetzen wird.

Fact-Finding Mission in die Türkei: Sorge um die Entwicklungen nach dem Putsch



Einen Monat nach dem gescheiterten Putschversuch bin ich mit einer hochrangigen Delegation der OSZE-PV nach Ankara und Istanbul gereist, um mit führenden VertreterInnen von Politik, Medien und Zivilgesellschaft über die aktuelle Lage in der Türkei zu sprechen. Neben Präsident Recep Tayyip Erdogan (Foto) haben wir auf der politischen Seite unter anderem den Sprecher des Parlaments, Ismail Kahraman, Premierminister Binali Yildirim, Außenminister Mevlüt Cavusoglu, Mitglieder der türkischen OSZE-Delegation sowie die Vorsitzenden aller politischen Parteien im Parlament getroffen.

Mir und meiner Delegation war es wichtig, einerseits unsere Solidarität mit der türkischen Bevölkerung und unseren KollegInnen aus dem türkischen Parlament zu zeigen, die in der Putschnacht angegriffen wurden und die demokratischen Einrichtungen verteidigt haben.

Uns war es aber auch wichtig, gegenüber unseren türkischen Partnern offen unsere Sorge über die Entwicklungen auszudrücken, die auf den Putsch folgten. Der Putsch muss rechtskonform und transparent aufgearbeitet werden. Wir haben der Türkei daher angeboten, sie durch BeobachterInnen zu unterstützen. Diese könnten beispielsweise Gerichtsverfahren begleiten und die Einhaltung der Menschenrechte überprüfen.

Entscheidend wird auch sein, dass die türkische Regierung ihrer Zusage treu bleibt und den nach dem Putsch verhängten Ausnahmezustand sobald wie möglich wieder beendet, denn derartige Ausnahmeregelungen tun demokratischen Gesellschaften niemals gut.

Die Gespräche waren aus meiner Sicht sehr offen und konstruktiv und ich hoffe, dass unser Angebot angenommen wird und die OSZE-PV der Türkei dabei helfen kann, den Putschversuch menschenrechtskonform aufzuarbeiten und die angeschlagenen rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen des Landes zu festigen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien

www.christine-muttonen.at